

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Kalle-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal und zwar als Halbblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land monatlich 1.20 bei halbjährlicher Zahlung monatlich 10.00, in den Bezugsstellen außerhalb M. 8.75 monatlich. Die abgesetzten Postgebühren sind in der Preisliste M. 1.00, im einwöchigen Vertriebe M. 1.20, im einmonatigen Vertriebe M. 1.50, im einjährigen Vertriebe M. 14.00 im Vorauszahlung und M. 5.00 im auswärtigen Vertriebe. Anzeigen-Gebühr: Die Uhr nachmittags.

Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Deutscherstraße 17. Schriftführer: Auguste Grottel. Einnahmen 1140 und 1142. Etwa-Geldbesitz: Markt 3. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle'sche“, Dannebergstr. 6. Postamt-Nummer: Leipzig 22813. Erlaubnis-Nummer: 22813. Verlagsort: Halle a. S. Die Kalle-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal und zwar als Halbblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land monatlich 1.20 bei halbjährlicher Zahlung monatlich 10.00, in den Bezugsstellen außerhalb M. 8.75 monatlich. Die abgesetzten Postgebühren sind in der Preisliste M. 1.00, im einwöchigen Vertriebe M. 1.20, im einmonatigen Vertriebe M. 1.50, im einjährigen Vertriebe M. 14.00 im Vorauszahlung und M. 5.00 im auswärtigen Vertriebe. Anzeigen-Gebühr: Die Uhr nachmittags.

Conrad Hauffmann f.

Stuttgart, 12. Februar. Staatssekretär a. D. Reichstags- und Landtagsabgeordneter Conrad Hauffmann ist heute Nacht nach vierzehntägigem Krankenlager als ein Opfer der Grippe gestorben.

Für die deutschdemokratische Partei bedeutet der Tod dieses ausgezeichneten Volksmannes einen schweren Verlust. Conrad Hauffmann hat seit Jahrzehnten im politischen Leben eine bedeutende Rolle gespielt, obwohl er von seinen politischen Grundrissen nichts nachließ und sie allezeit mit Hingabe vertrat, stand er auch bei den Parteigegegnern in hohem Ansehen. Sie schätzten ihn als einen untadeligen aufrichtigen Charakter, dem zugleich Lebenswürdigkeit des Lebens und bürgerlicher Formen zu eigen waren.

Conrad Hauffmann war am 8. Februar 1857 in Stuttgart geboren. Sein Vater, Julius Hauffmann, war einer der bestgeachteten Vaterlandskundigen, der mit Innerlichkeit die großdeutschen Ideale vertrat. Drei Jahre Lehrgang, die er auf Hohenberg verbrachte, waren dafür sein Lohn. Nach seiner Freilassung wurde Julius Hauffmann Redakteur des demokratischen „Wochenblatt“ in Stuttgart. Conrad Hauffmann wurde im Hause des Vaters in freibühlerischen großdeutschen Ideen erzogen. Er besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt, studierte in Jülich, München und Berlin Rechtswissenschaften und ließ sich dann 1883 in Stuttgart als Rechtsanwalt nieder. Bald wandte er sich nach dem Vorbild seines Vaters der politischen Tätigkeit zu. 1889 wählte ihn der Kreis Vaihingen in den württembergischen Landtag, dem er seitdem ununterbrochen angehört. 1890 wurde er Mitglied des Reichstages. Bald galt er als einer der hervorragendsten Führer der süddeutschen Volkspartei. Als die Vereinigung der linksliberalen Parteien kam stand er voran bei den Einigungsbestrebungen. Er ist stets einer der glänzendsten Vertreter des demokratischen Gedankens gewesen. Zahlreiche Schriften und Aufsätze in den Tageszeitungen aus seiner Feder haben die Sache der Demokratie propagiert. Im Reichstag behandelte er in den letzten Jahren insbesondere Fragen der auswärtigen Politik.

Die Nachricht von dem jähen Tode des unermüdlichen gebankten Politikers wird in weiten Kreisen, weit über die Parteifreunde hinaus, herzlich bedauern hervorrufen.

Reichstagspräsident Loebe hat an die Witwe des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Conrad Hauffmann folgendes Beileidetelegramm geschickt:

Zu dem plötzlichen Tode Ihres Gatten, unseres Abgeordneten Kollege Conrad Hauffmann, spreche ich Ihnen die herzlichste Teilnahme des Deutschen Reichstages aus. Der Verlust eines der für den markantesten Persönlichkeiten des Reichstages in den letzten Jahrzehnten und eine eifrige Tätigkeit sichert ihm ein langes Andenken weit über den Rahmen der eigenen Parteifreunde hinaus.

Zur Vertrauensfrage.

Nach Mitteilungen aus Berlin hat die durch die Erläuterungen des Reichstages in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages geschaffene Lage im Laufe des Sonntags keine Veränderung erfahren. Es haben sich nur unverbundene Besprechungen zwischen einzelnen Parlamentariern stattgefunden. Über die Haltung der Bayerischen Volkspartei, die bei der Erwägung der Stimmentverhältnisse eine wesentliche Rolle spielt, erzählt der „Köln“, daß die Fraktion bisher noch keinen Beschluß faßte. Sie werde wahrscheinlich die Abstimmung freigegeben, da selbst, wenn die Bayerische Volkspartei geschlossen für das Vertrauensvotum stimmen würde, das Kabinett nur eine ganz geringe Mehrheit hätte.

Angesichts der Vertrauensfragen, die der Kanzler im Reichstag gestellt hat, interessiert für die Abstimmung am Mittwoch das Stimmverhältnis der einzelnen Parteien. Es wären: Sozialdemokraten 108, Zentrum 73, Deutsche Fraktion 71, Deutsche Volkspartei 65, Unabhängige Sozialisten 61, Volkspartei 40, Kommunisten (beide Gruppen) 26, Bayer. Volkspartei 20, Bauernbund 4, Hannoverscher 2, zusammen 469.

Genua.

Die englische Antwort verzögert sich. Paris, 12. Februar. Nach einer raschen Meldung aus London war gestern noch nicht vorzusehen, wann die englische Regierung das französische Memorandum über die Konferenz von Genua beantworten und von welcher Tragweite ihre Antwort sein werde. Man erhoffte indessen den Eindruck, daß die Antwort erst nach verhältnismäßig langer Zeit erfolgen werde und daß Lloyd George und die Kabinetsmitglieder, die für

die Konferenz von Genua seien, grundsätzlich sie nicht aufgeben wollten. In der Umgebung Lloyd Georges werde dem Vernehmen nach vor allem der Standpunkt vertreten, daß bei dem Bemühen, das Genua-Gesicht zu heilen, die allgemeinen Wirtschaftslage wiederherzustellen, keine Zeit zu verlieren sei und daß infolgedessen der für die Eröffnung der Konferenz vorgesehene Zeitpunkt festgehalten werden müsse, wenn nicht Italien selbst einen Aufschub verlange. Die Resolution von Genua, so erklärte man, gebe die für die Arbeit der internationalen Wirtschaftskonferenz genügenden Sicherheiten. Infolgedessen werde es nicht für angebracht gehalten, neue Beschränkungen und neue Resolutionen dem französischen, was vom letzten Ewert hat festgelegt worden. Ferner wäre es nicht sicher, daß die französische Note Punkt für Punkt beantwortet würde. Sowie hinausläufig über die Einträge nach der ersten Prüfung des französischen Memorandums durch Lloyd George, Lord Curzon, Sir Robert Horne und Chamberlain gelangt werden. Der Londoner Berichterstatter des Journal sagt, die Sachverständigenkonferenz sei das einzige Zugeständnis, das an Frankreich gemacht werden würde. Auf eine Verzögerung von drei Monaten würde man sich nicht einlassen. Es werde angenommen, daß ein Fünftel des Beginns der Konferenz am 14. März für die Vorbereitungen genüge.

Zur Vorbereitung der Konferenz von Genua werden vom französischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zwei Ausschüsse eingesetzt. Der eine, der unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Sedouat steht, gehören nur Beamte des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an, der andere setzt sich aus den Vertretern des Finanzministeriums und des Handelsministeriums bei der französischen Abteilung des Völkerbundes, ferner aus Vertretern großer Wirtschaftlicher und finanzieller Gesellschaften, der Kreditbanken und des Verbandes der Kohlengrubenbesitzer zusammen.

Keith Karlsen erklärt, daß auch in London vorbereitende Beratungen für die Konferenz begonnen hätten. Auf englischer Seite werde gewünscht, daß die gemeinsamen vorbereitenden Sitzungen, die übrigens in Genua bereits geplant gewesen seien, in London stattfinden.

Parlamentarische Arbeit. Der Vorbericht des internationalen Ausschusses, den das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner in Amsterdam abgehaltenen Sitzung gefaßt hat und in dem es heißt: In anbetragt dessen, daß die international organisierte Arbeiterschaft die Pflicht hat, ihrer Stimme zur Zeit der Konferenz von Genua Gehör zu verschaffen, wird eine besondere Konferenz durch den Internationalen Gewerkschaftsbund nach dem gleichen Orte und zu gleicher Zeit einberufen werden.

Die „Saarländer“.

Rückdeutsche wahlberechtigt.

Am 15. März finden in Reutlingen die Neuwahlen zum Stadtratsordnungs-Kollegium statt. Bei diesen Wahlen wird zum ersten Male die Verordnung über den Begriff „Saarländer“ in Erscheinung treten. Alle Personen über 20 Jahre, die über sechs Monate in den betreffenden Landbezirken ihren Wohnsitz haben, sind zur Ausübung ihres Wahlrechts befugt. Wahlberechtigt sind mithin auch Rückdeutsche, die ein halbes Jahr in Reutlingen wohnen.

Am die nach Ablauf von 15 Jahren nach Inkrafttreten des Friedensvertrages vorgehene Abstimmung in ihrem Sinne vorzubereiten, hat die Regierungskommission des Saargebietes zu den notwendigsten politischen Maßnahmen Auskunft genommen. Der Begriff des „Saarländer“ wurde von ihr erfinden, um durch Stimmwahl landrentier Elemente die Kommunalbehörden zu vervollständigen. Zum ersten tritt nun dieses verwerfliche Spiel bei den Stadtverordnetenwahlen in Reutlingen praktisch in die Erscheinung. Trotz dem werden die Saarländer bei dieser Neuwahlung, gegen die sie in mehrfachen Eingaben an den Vollerbund erfolglos protestiert haben, nicht verzogen und wissen, daß ganz Deutschland ihren Lebensweg mit Teilnahme verfolgt und mit ihnen den Tag ihrer Vertreibung und Rückkehr zum angestammten Vaterlande schließlich herbeiwünscht.

Oerters Ende.

Nach den auch von uns mitgeteilten Entfaltungen des Organs der Braunschweiger Sozialdemokratie über die Oerters Bemühungen, „Killer Teilhaber“ eines industriellen Unternehmens zu werden unter Mitwirkung seiner Stellung als „Ministerpräsident“, hatte die sozialdemokratische Fraktion des Landtages, der Oerters angehört, verlangt, daß Oerters sofort sein Landtagsmandat niederzulegen habe; andererseits lie die sozialdemokratische Fraktion nicht in der Lage, mit den Unabhängigen zusammen in die braunschweigische Regierung einzutreten. Die Braunschweiger Unabhängigen trugen darauf den Fall der Zentralleitung der Partei vor, die demnach folgenden Beschluß gefaßt hat:

Die Zentralleitung hat sich mit dem in Braunschweiger „Volkstribüne“ am 9. Februar d. J. veröffentlichten Brief Oerters beschäftigt. Da Oerters angegeben hat, diesen Brief als Entwurf schreiben zu haben, liegt der Sachverhalt fest. Die Zentralleitung hat einstimmig beschlossen: Gegen Oerters ist sofort das Ausschlußverfahren an der Partei einzuleiten. Sein Landtagsmandat hat Oerters sofort niederzulegen.

Politische Wochenschau.

Von E. Delius, M. d. R.

Krisenstimmung auf der ganzen Erde, die durch das Kennzeichen der verflochtenen Wälder. Die schon genügend verwirrt innerpolitische Lage wurde noch mehr verwirrt durch den allgemeinen Streik der fährlichen Arbeiter in Berlin. Über diesen mit solcher Frivolität zum Jaunage gekommenen und mit Grausamkeit durchgeführten Streik ist genügend geschrieben worden. Er war zwar von vornherein, ebenso wie der Eisenbahnerstreik, weil er die gesamte öffentliche Meinung gegen sich hatte, zum Misserfolg verurteilt, verhängte aber doch die inneren Schwierigkeiten. Ohne diesen Streik wäre die „Revolte der Eisenbahner“, von der Reichstagsler Wirth sprach, schon ein oder zwei Tage erledigt gewesen. Jeder Eingeweihte mußte auf mehr schwachen Hüfen der Streik stand. Man kann über das Vorgehen der Reichsregierung gemäß verschiedener Meinung sein. Nicht bestritten kann aber werden, daß es der Regierung gelang, den Streik schnell zu Ende zu bringen. Jeder, der es mit der Allgemeinheit und nicht zuletzt mit den Beamten gut meinte, mußte wünschen, daß der Streik mit einer Niederlage der Reichsgewerkschaft endete. Es mutet einigermaßen komisch an, daß trotzdem die Streikführer es fertig bringen, von einem Erfolg zu sprechen. Freilich ist es eine seltsame Tatsache, daß bei verlorenem Streik immer noch Erfolge herausgeholt werden. Man will die Fama mag nicht nur den Mitgliedern eingestehen.

Eigenartig war die Haltung der Deutschnationalen, die nach dem Wende des Herrn Dr. Schuler die Bedeutung nicht in Rechnung stellen. Eine hohe Auffassung vom Gemeinwohl des Volkes! In einer Stunde der Bedrohung des Staates, welche lediglich vom einseitigen Parteistandpunkt diffidierte Stellungnahme: Das Vaterland kann zu Schanden gehen, wenn dabei nur die Deutschnationalen gegenüber dieser Regierung triumphieren können. Und das nennt sich nationale Partei.

Daß die Kommunisten und aus agitatorischen Rücksichten die Unabhängigen immer gegen die Regierung Stellung nehmen, nimmt nicht weiter Wunder. Sie glauben mit Hilfe des Streiks je einen Streik führen zu können. Einwärtsstreik ist erloschen, kein kommunistischer Heher die Eisenbahnen und die fährlichen Arbeiter aufzuführen. In der Sonnenabstimmung des Reichstages haben sie Proben von den angewandten Methoden. Bedauerlich, daß irreführende Beamte darin eine Vertiefung ihrer Rechte sehen. Sie vergessen dabei das Entscheidende, daß beide Parteien nicht daran denken, die besonderen Rechte beiseite zu lassen, wenn den Beamten das Recht der gemeinsamen Arbeitsüberlegung zugebilligt wird. Der frühere Volksbeauftragte Barth, einer der Führer der Unabhängigen, sprach es in diesen Tagen offen aus. Den Beamten gehörte das Streikrecht, aber schließlich fallen die besonderen Rechte (unfindbare Anfechtung, Funktion etc.) weg. Die Deutschnationalen haben meinen immerwährenden Standpunkt, daß ein Streik der Beamten eine Unmöglichkeit ist, sich einmütig zugeigen gemacht. Das hat Minister a. D. Koch als Redner der Fraktion sofort betont. Er stellte sich hinter die Regierung, die es einmütig die Erklärung beschlossen hatte, die der Reichstagsler in seiner Rede abgab. Diese Rede ließ an Schärfe nichts zu wünschen übrig und fand Beifall bis zu den Unabhängigen. Wenn trotzdem die Rechtsparlieren Artikel über das berechnete Maß hinaus gingen, so wohl aus deswill, weil ihnen die Verdon des Dr. Wirth nicht genügt ist. Hier wird leider wieder das Persönliche in den Vordergrund geschoben. Das zeigte sich in der höchst unglücklichen Rede des Abg. Dr. Scholz von der Volkspartei, der ganze Schale seines Jorns gegen Dr. Wirth, seinen früheren Ministerkollegen, ausgoß. Was Scholz über den Eisenbahnerstreik sagte, war eine freilich unbewußte Stärkung der Position der streikenden Beamten. Die ganze Rede zeichnete sich aus durch einen völligen Mangel an politischem Blick und Verantwortungsfelsgesühl, was gerade bei einem gewissen Minister, der selbst die Schwierigkeiten unserer Lage während seiner Amtszeit schon so verstanden hat, auffallen mußte. Die zweite Rede des Reichstagslers, die im übrigen nicht gerade sehr glücklich war, brachte Herrn Scholz die Aufmerksamkeit der Reichstagsler. Nachpolitisch darf nicht getrieben werden, aber um die Autorität des Staates zu wahren, um die Gefahren innen- und außenpolitischer Art in Zukunft zu bannen, nicht zusehen zum Schutze des Berufsbeamtenstandes, kann die Regierung keine übertriebene Weisheit walten lassen. Nicht ein zweites freiespolitisches Spiel erziehen werden.

Zum anderen muß alles getan werden, um den Beamten das zu geben, was sie unbedingt nötig haben. Hier muß in der Befolgungspolitik eine andere Methode plagreifen, die sich mehr den wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten anpaßt. Im Reichstags liegen von Deutschnationalen, Kommunisten und Unabhängigen Mißtrauensvoten gegen die Regierung vor. Die Deutsche Volkspartei spricht diese Miß-

